

## Lokalstationen...

Fortsetzung von Seite 9

Familienverbände bei der Besetzung des Rundfunkrates in Nordrhein-Westfalen. Minister Clement vertrat die Ansicht, hinter dem Antrag stehe der Wunsch nach einer Änderung der Zusammensetzung des Rundfunkrates. Nach dem WDR-Gesetz seien die Interessen der Wohlfahrts- und Familienverbände in ausreichendem Maße berücksichtigt. Von Clement wie auch von der SPD wurden bei einer solchen Einzelfallregelung vor den Folgen gewarnt. CDU-Sprecher Lothar Hegemann hielt es hingegen für eine Überlegung wert, „ob das wirklich den Rattenschwanz von Sonderwünschen mit sich bringt“. SPD-Obmann Jürgen Büssow verdeutlichte, mit den Stimmen der SPD werde hier gar nichts geändert. Die jetzige Regelung sei verfassungskonform. Es würden sonst auch nur Präzedenzfälle geschaffen. Vorsitzender Grätz sagte: „Man muß sich überlegen, ob man eine Lawine losläßt.“ Staatskanzleiminister Clement ergänzte „in aller Offenheit“, die Landesregierung habe nicht die Absicht, eine solche Novellierung vorzuschlagen.

Der CDU-Sozialpolitiker Hermann-Josef Arentz hielt dagegen: „Das Bundesverfassungsgerichtsurteil hindert uns nicht, hier etwas zu ändern, wenn wir es politisch wollen.“

Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn mutmaßte, die gesellschaftlichen Gruppen würden ausgelotet, wie denn ihre politische Ausrichtung sein werde. Sie fand es angebrachter, statt über eine Erhöhung der Mitglieder des Rundfunkrates über ein Rotationsprogramm nachzudenken. Es gehe auch um andere Gruppen, die Interesse hätten. Die Mehrheit im Ausschuß war sich indessen einig, daß die Arbeitsfähigkeit von Rundfunkgremien nicht unter zu großer Mitgliederzahl leiden dürfe. Büssow schloß, man wolle keine Größenordnung wie im ZDF-Fernsehrat.

★ ★ ★

**Hans-Otto Bäumer** (SPD), ehemaliger Landtagsabgeordneter, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von 1979 bis 1983 sowie Bürgermeister von Velbert von 1961 bis 1967, ist von seiner Heimatstadt in „Anerkennung und Würdigung seines verdienstvollen jahrzehntelangen Wirkens“ mit der „Schlotschmet-Plakette“, der höchsten Auszeichnung Velberts, geehrt worden.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner  
(Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304  
und 8842545, btx: # 56801\*

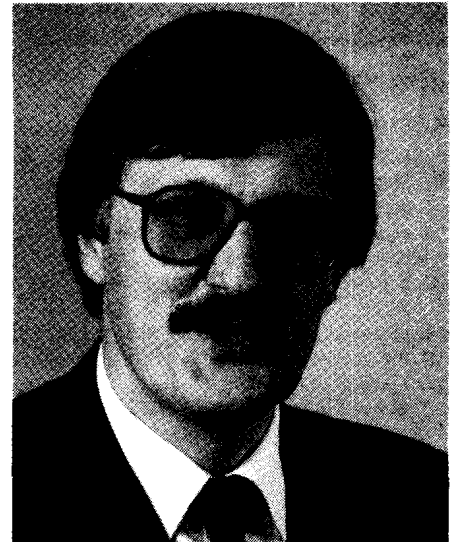
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher  
des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Par-  
lamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Par-  
lamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE  
GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen  
(SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU),  
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pres-  
sesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pres-  
sesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Heinz Paus (CDU)

„Dort kann man einen Teil seiner zeitlichen Sündenstrafen sicherlich abbüßen.“ Heinz Paus (CDU) weiß, wovon er spricht: Seit 1985 hat er seine Fraktion in drei Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen des Landtags vertreten, die beiden ersten standen in Zusammenhang mit den Parteipenden, der dritte befaßte sich mit dem Gladbecker Geiseldrama.

Unter parteien- und landesgeschichtlichen Aspekten seien seine beiden ersten Untersuchungsausschüsse durchaus „interessant und spannend“ gewesen, zieht Paus ein Fazit aus heutiger Sicht. Festzuhalten bleibe, daß Spender verurteilt worden seien, während „Parteien sich in Grauzonen bewegt“ hätten. Der Gladbeck-Ausschuß habe für ihn zutage gebracht, daß „die Führung sicherlich versagt hat“. Doch die sich über 55 Sitzungen hinziehende Arbeit dieses Untersuchungsausschusses ließ bei ihm die Erkenntnis reifen, daß diese Form der Kontrolle durch das Parlament dringend reformbedürftig ist.

Nach Auffassung von Paus mangelt es vor allem an „professioneller Zuarbeit“ für die Mitglieder eines Untersuchungsausschusses. Denn diese würden mit einem „fast unübersehbaren Wust von Material konfrontiert“, dessen Aufarbeitung so lange dauere, daß das öffentliche Interesse sehr rasch nahezu erlösche. Je länger ein Untersuchungsausschuß laufe, desto größer werde der Frust bei den Abgeordneten. Paus hält es für notwendig, daß ein Untersuchungsausschuß in kurzer Zeit — nach etwa sechs Wochen — ein Ergebnis seiner Arbeit vorlegen können muß. Neben einer verbesserten Zuarbeit von hauptamtlichen Fachkräften sei eine weitere Entlastung der Abgeordneten im Untersuchungsausschuß erforderlich: Während der Sitzungswochen des Ausschusses müßten sie weitgehend von anderer parlamentarischer Arbeit freigestellt werden.

Seit fast sieben Jahren ist Paus, der 1980 erstmals in den Landtag gewählt wurde, innenpolitischer Sprecher und Justitiar der CDU-Fraktion. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Notar sieht eines seiner Hauptarbeitsfelder im Landtag im Bereich der Inneren Sicherheit. Aus der Opposition heraus könne man zwar nicht viel bewegen; doch er zeigt sich zufrieden darüber, daß die Landesregierung jetzt erste Ansätze zu einer besseren Polizeibesoldung erkennen lasse, nachdem die CDU dazu bereits 1988 ein Gutachten vorgelegt habe. Eine Politik der Inneren Sicherheit nach dem Prinzip von „Law and Order“ weist er keineswegs von sich, doch schränkt er sofort ein: „Eine friedliche Gesellschaft kann man aber nicht durch

immer mehr Polizei erreichen.“ Im „Vorfeld“ seien die Weichen zu stellen, in der Familienpolitik, in der Schule, in der Jugendarbeit.

Durch den „Bagatell-Erlaß“ von Innenminister Herbert Schnoor (SPD) sieht Paus „den Staat in seiner Glaubwürdigkeit nachhaltig betroffen“. Es sei „schlimm“, wenn die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen nur zwischen 16 und 17 Prozent liege. Durch den Erlaß werde die Polizei zwar „von Kleinkram entlastet“. Wenn aber Straftaten nicht mehr verfolgt würden, dann könne dies „kriminelle Karrieren“ fördern.

In einem Punkt zeigt sich Paus „stolz“ darüber, daß man aus der Opposition doch etwas bewegen könne. Jahrelang hätten SPD und Landesregierung die CDU-Forderungen nach Sammellagern und Sachleistungen statt Geld für Asylbewerber abgelehnt, jetzt seien sie aber auf diese Linie eingeschwenkt.

Aus seiner lippischen Wahlheimat Detmold benötigt Paus, der im März 1948 im westmünsterländischen Alstätte geboren wurde, über zweieinhalb Stunden Zugfahrt, um die Landeshauptstadt zu erreichen.

Nachdem er vor 20 Jahren in die CDU eingetreten war, übernahm er zunächst einige kommunale und regionale politische Aufgaben und Ämter. Neben seinem Landtagsmandat ist er Vorsitzender des Landesfachausschusses Innenpolitik der NRW-CDU und stellvertretender Vorsitzender des entsprechenden Ausschusses der Bundes-CDU. Dennoch, so versichert er, wendet er die Hälfte seiner Arbeitszeit für seine Anwaltssozietät in Detmold auf. Dort ist er auch in einem katholischen Kirchenvorstand und in einem Museumsverein aktiv. Als sportlichen Ausgleich nennt der Vater von zwei Söhnen das Joggen.

Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)